



Beschlussvorlage

Nummer 2022/0194/stv
Eschborn, 14.09.2022
Aktenzeichen:

Beratungsfolge	Termin	Status
Bau- und Umweltausschuss	21.09.2022	öffentlich beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	22.09.2022	öffentlich beschließend
Stadtverordnetenversammlung	29.09.2022	öffentlich beschließend

Antrag der FDP-Fraktion betreffend Energieversorgung in Eschborn: Gasversorgung sichern. Versorgungskrise abwenden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

- 1) Einen Maßnahmenkatalog zur Einsparung von Gas und Strom im Bereich aller seiner kommunalen Einrichtungen und Betriebe vorzulegen. Gemeinsam mit den Grundversorgern sollen Alternativen zur Nutzung von Gas geprüft und vorbereitet werden.
- 2) Darauf hinzuwirken, dass alle relevanten Katastrophenschutzplanungen in Hinblick auf eine Energieversorgungskrise aktualisiert und angepasst werden. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass kritische Infrastruktureinrichtungen, soziale Einrichtungen (z.B. Arztpraxen, Pflegeheime, ambulante Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten) und systemrelevante Betriebe (z.B. Nahrungsmittelproduktion, Lebensmittelhandel, Gastronomie) versorgt werden. In "Stresstests" sollen kritische Versorgungslagen simuliert werden, um Erkenntnisse für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zu gewinnen.
- 3) In Zusammenarbeit mit den Grundversorgern die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über die Versorgungslage zu informieren. Nur wenn alle relevanten Daten und Informationen transparent vorliegen und nachvollziehbar kommuniziert werden, ist ein effizientes Krisenmanagement und freiwilliges Mitwirken aller Bürgerinnen und Bürger möglich.
- 4) In Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft und ihren Selbstverwaltungsorganen an der Sicherung der Gasversorgung von energieintensiven Unternehmen mitzuwirken. Die Interessen der mittelständischen Wirtschaft sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Pauschale Abschaltungen durch Allgemeinverfügungen im Falle einer Ausrufung der Notfallstufe sind zu vermeiden.

- 5) Durch unbürokratisches Handeln an behördlichen Genehmigungen für die Umrüstung von Energieerzeugungsanlagen von Gas auf Öl mitzuwirken.
- 6) Im Haupt- und Finanzausschuss regelmäßig über die Versorgungslage in Eschborn zu berichten.

Begründung:

Seit Beginn des Ukraine-Krieges kommt es wiederholt zu ausbleibenden Gas-Lieferungen aus Russland. Seitens der Europäischen Kommission und der Bundesregierung bestehen erhebliche Befürchtungen, dass Russland die Lieferung von Erdgas weiter reduziert oder ganz einstellt. Da Gaslieferungen aus Norwegen und den Niederlanden und die geplanten LNG-Kapazitäten nicht ausreichen, um die Versorgung in den Wintermonaten, in denen der Gasverbrauch wetterbedingt drastisch ansteigt, zu sichern, sind umfassende Vorkehrungen notwendig, die schnellstmöglich ergriffen werden müssen. Den Kommunen kommt in einer Versorgungskrise für die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern eine besondere Bedeutung zu. Als Ordnungs- und Katastrophenschutzbehörden sind sie ebenfalls gefordert, wenn es um die Umsetzung von Maßnahmen geht.

gez.: Ackermann
Fraktionsvorsitzender